

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, 21. September 1890.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin. Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darstellen, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebersetzung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt ausserhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Beilage 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fonds Börse bereits im Abendblatt das gleiche Tagesveröffentlichung und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschleunigste übermitteln.

Die Redaktion.

Die bevorstehenden Reformgesetze.

In den nächsten Tagen wird das Staatsministerium und werden die Inhaber der obersten Reichämter wieder vollständig in Berlin versammelt sein, und die Vorbereitungen der Vorarbeiten, welche dem Reichstage und dem Landtage in der kommenden Parlamentszeit gemacht werden sollen, werden alsdann rascher in Fluß kommen.

Somit der Reichstag in Betracht kommt, hat es nicht den Anschein, als ob das Arbeitsmaterial, welches ihm noch zur Erledigung verbleibt, noch durch wichtige neue Aufgaben bereichert werden würde; und diese Beschränkung kann nur erwünscht erscheinen, da die Gewerbeordnungsbereitungen noch zu langen und mühsamen Verhandlungen veranlaßt werden wird. Was den Landtag betrifft, so ist von den drei großen Reformgesetzen, welche der „Reichsanzeiger“ angekündigt, am weitesten die Landgemeindeordnung am weitesten gefördert. Hier liegt die kaiserliche Zustimmung zu den im Staatsministerium berathenen Grundzügen bereits vor und die endgültige Aufstellung des Entwurfs wird unmittelbar nach der Rückkehr des Herrn Ministers des Innern in Angriff genommen werden. Zeit vorwärts geschritten sind auch schon die Vorarbeiten für die Steuerreform, der Minister Wiquet seinen Sommerurlaub geopfert. Indessen haben hier, wo es an brauchbaren Vorarbeiten fehlte, die notwendigen Nachfragen und probeweisen Ermittlungen eine langsame Förderung der Arbeiten bedingt, die auch schon im Hinblick auf die Wichtigkeit der in Betracht kommenden Interessen geboten schien. Am wichtigsten Aufsatze fehlt es noch über das Gesetz, das aus dem Kultusministerium zu erwarten ist. Nicht einmal der kurze und vieldeutige Titel, den der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht, hat eine weitere Erläuterung erfahren, obwohl die verschiedenen Deutungen, welche demselben gegeben wurden, eine solche wohl hätten wünschenswerth erscheinen lassen können. Daß sich das Gesetz nur auf die Kosten der Unterhaltung der Volksschulen beziehen werde, war aus Erklärungen, die Herr Direktor Dr. Müller in der vorigen Session des Landtages abgegeben, gefolgert worden. Indessen sind auch auf Veranlassung des Kultusministers ernannte Erhebungen im Gange, die auf einen weiteren Rahmen des Gesetzes schließen lassen könnten. Jedenfalls werden nach Rückkehr des Herrn von Götter auch über die von seiner Seite geplanten Reformen weitere Aufschlüsse zu erwarten sein.

Deutschland.

Berlin, 23. September. Die sogenannte geistliche oder außerordentliche Armenpflege, d. h. die Fürsorge für solche Hülfbedürftige, deren Pflege, wie die der Irren, Idioten, Taubstummen u. s. w., fast ausschließlich in besonderen Anstalten erfolgen kann, ist nicht bloß in den Kreisen der für die Verbesserung der Armenpflege interessierten Personen und Vereine Gegenstand lebhafter Erörterung geworden, sondern hat schon längst und nicht erst in neuester Zeit die fürsorgliche Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gezogen. Und zwar unter einem doppelten Gesichtspunkte. Es galt, die ausreichende Fürsorge für Hülfbedürftige dieser Art sicher zu stellen und zugleich die Verpflichtung zur Fürsorge für dieselben in angemessener, eine ungleichmäßig

Belastung vertheilender Weise zu regeln. Bei den parallel mit den Ermittlungen über die ländlichen Gemeindeverhältnisse des Jahres 1888 angestellten Erhebungen über die Armenpflege ist daher auch dem Kapitel der geistlichen Armenpflege besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Als das Ergebnis dieser Enqueteen darf, soweit die geistliche oder außerordentliche Armenpflege in Betracht kommt, gelten, daß unter beiden Gesichtspunkten und insbesondere zur Vermeidung der Ueberlastung der Ortsarmenverbände sich die Uebertragung dieses Theiles der Armenpflege auf größere Verbände empfiehlt. In Uebereinstimmung mit dem auch sonst grundsätzlich beobachteten Verfahren ist demzufolge zunächst und zwar, wie der Minister des Innern im Abgeordnetenhaus am 25. Februar d. J. mittheilte, nicht ohne einigen Erfolg der Versuch unternommen, dieses Ziel auf dem Boden der Freiwilligkeit zu erreichen. Abgesehen davon, daß trotz mannigfachen Entgegenkommens die Freiwilligkeit nicht überall zum Ziele führte, spricht aber eine weitere Erwägung dafür, hier gleichfalls den Weg der Gesetgebung zu beschreiten. Wenn im Anschluß an den im § 4 des Gesetzes vom 14. Mai 1885 (Reichs-Gesetz) in zwei entworfenen gesetzgeberischen Gedanken sich empfiehlt, die Ueberweisung von Staatsmitteln als Korrelat bestimmter vom Staate den Kommunalverbänden auferlegter Pflichten und Aufgaben zu gestalten, so kommt man auf dem schwierigeren Wege zur gleichmäßigen Durchführung des Ueberweisungsgebotes offenbar um einen wesentlichen Schritt vorwärts, wenn größeren Verbänden, in erster Linie den Kreisen, die außerordentliche Armenpflege als gesetzliche Verpflichtung auferlegt und ihnen zugleich durch Ueberweisungen aus den Staatsmitteln ein Ausgleich für die Last gewährt wird. Man wird daher in der Annahme nicht fehlgehen, daß ernste gesetzgeberische Erwägungen nach dieser Richtung schwächen.

Wie wir hören, ist die Nachricht, daß die Grundzüge eines Gesetzes über die Volksschulen bereits vom kaiserlichen Staatsministerium genehmigt seien, nicht zutreffend. Es dürfte vielmehr anzunehmen sein, daß die Vertheilung der Staatsmittel innerhalb sowohl der Einzelheiten der Grundzüge als auch über den Umfang des gesetzgeberischen Bereiches erst nach längerer und zunächst befristeter Ministerkonferenz wird.

Eine weitere Korrespondenz meldet aus Berlin, daß der Kaiser heute zu einem der anwesenden Prinzen nach der Abreise des Kaisers Franz Josef bemerkt: „Ich bin glücklich, mit dem Kaiser recht bald wieder auf einige Tage zusammenzukommen, er ist mir gegenüber wie ein Vater zu seinem Sohne.“

Wie aus Breslau gemeldet wird, sind dort mehrere ausländische Arbeiter, darunter ein österreichischer, angefordert worden, binnen acht Tagen Breslau und Preußen zu verlassen.

Am den 1. Oktober in großartiger Weise zu begehen, trifft die Sozialdemokratie alle möglichen Vorbereitungen. Es ist bereits bekannt, daß am 30. September Abends in den größten Sälen, welche Berlin bezieht, Feiern abgehalten werden und eine Illumination geplant ist. Aber noch in anderer Weise wird das Tagesgedächtnis, und zwar von der sozialistischen Welt, zum Andenken an den Sieg des deutschen Proletariats über das Sozialistengesetz 1890“ geprägt werden. Wägen von Kaffee, Vieh, Wein u. s. w. sind herbeigeführt und werden jetzt zu „bedeutend billigen“ Preisen angeboten; Bilder von Vertretern der Sozialdemokratie sind angefertigt, an allerorten photographische Darstellungen des Sieges der Sozialdemokratie ist kein Mangel. Auch für Kravatten mit Kaffee und Marx-Bildern kann der Sozialdemokrat sein Geld ausgeben. Ein illustriertes Zeitblatt humoristisch-satirischen Inhalts soll erscheinen. Der Sozialistengesetz hat sich übrigens in der letzten Zeit in einer Weise breit gemacht, daß selbst fanatisierte Genossen zu stutz anfangen. Die Zahl der sozialdemokratischen Führer, welche von den Erträgen ihrer Kravatten und Zigarrenladen herrlich und in Freuden leben, geht in die Duzende; es ist darum nur zu natürlich, daß sich unter den „Genossen“ eine täglich wachsende Opposition dagegen geltend macht.

Ein Augenzeuger der Kaiserbegegnung in Koblentz berichtet der „Polit. Rev.“ hierüber nachdrücklich folgendes:

Aus dem ganzen Verlaufe der Kaiserbegegnung ergab sich mit Augenzeugenschaft die übereinstimmende Ansicht ihrer Majestäten der Kaiser Franz Josef und Wilhelms, die großen Körperschwächen, denen in Preussisch-Schlesien ein besonders geeignetes Terrain zu Gebote stand, mit gespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen und die noch erblühende kurze Zeit dem ungezwungenen vertraulich-inimigen Zusammensein zu widmen. In der That verließen die Majestäten täglich am frühen Morgen das Hoflager, um nach acht bis zehnminütigen Aufenthalte im Mandirgebäude nach dem Schlosse zurückzukehren. Mit welchem Interesse alle Stadien des Scheinlebens verfolgt wurden, ergibt sich aus der That, daß die beiden Kaiser, Allerhöchstdenke ich nach dem Gange der Dinge manchen verschiedene Standpunkte gewahrt hatten, abwechselnd zu einander strengten, um über die militärischen Vorkommnisse Mittheilungen auszutauschen. Die Rückkehr von den Mandirern erfolgte in der Regel so spät, daß die Speisezeiten erhebliche Verzögerungen erlitten. Es wurde erst um 5 Uhr de jure, was zur Folge hatte, daß das Diner auf 8 Uhr verlegt werden mußte. Allgemeine Bewunderung erregte die Mühseligkeit, mit welcher S. Majestät der Kaiser Franz Josef die feinsten Speisen und durch die große Ausdehnung des Mandirerfeldes gesteigerten Strapazen dieser Tage in besserer Laune ertrug. Zum allergrößten Theile trug hierzu gewiß die gewinnende Lebenswürdigkeit bei, mit welcher S. Majestät der deutsche Kaiser seinem kaiserlichen Freunde und Gäste in Allem und Jedem entgegenzukommen bemüht war, sowie die beständige Sorge des kaiserlichen Gastes, daß allen Bequemlichkeiten und Gewohnheiten des verklärten Gastes nach jeder Richtung Rechnung getragen werde.

Ein nicht minder freundschaftlich-vertrautlicher Verkehr hatte sich vom Momente der ersten Begegnung an zwischen den leitenden Ministern beider Staaten, dem Reichskanzler von Caprivi und dem Minister des Inneren Grafen Radowitz, entwickelt. Beide Excellenzen waren ebenfalls

stets bei den Mandirern anwesend, zu denen sie sich gewöhnlich gemeinsam begaben, und ebenso von denselben zurückkehrten. Als unmittelbare Wohnnachsbar in dem nicht allzu geräumigen Schlosse Hausdorf hatte sie zu jeder Zeit Gelegenheit, sich zu sprechen und einen Gedanken-Austausch zu pflegen. Das mitten in einem großen Park isolirt gelegene Herrenhaus gewährte die hierzu nöthige Ruhe. Nachdem das Mandirerfeld bei der Parkmauer zu dem Schlosse führenden Alleen für Ueberrumpelungen überhaupt nicht gestattet ist, war den Königs-Park-Politikern hier nicht die geringste Ausbuchtung gegeben.

Bei dem Bankett in Hannover hat sich Herr Dr. Peters über die Folgen des deutsch-britischen Abkommens für die Kolonisation Afrikas nach dem „Hann. Com.“ folgendermaßen ausgesprochen:

„Bei meiner Rückkehr stand ich der Situation gegenüber, daß die Verwaltung der ganzen Kolonien vom Reich übernommen war. Hat mich auch die Nachricht von dem deutsch-englischen Abkommen, welche ich in Wagners erhielt, zunächst sehr lebhaft betroffen, weil durch dasselbe die Arbeiten meiner Expedition im Norden zum Theile aufgegeben wurden, so hege ich doch die Ueberzeugung, daß Deutschland auch aus der Kolonie, wie sie heute ist, etwas machen wird. Es müßte dazu aber oberster Grundsatz sein, nicht zu große staatliche Verwaltungsanlagen zu machen. Man sollte meiner Ansicht nach zunächst einen ungefähren Ueberblick machen, wie viel die Kolonie aus den Hohenrechten (Zöllen, Steuern u. s.) machen kann, und danach einen Verwaltungsplan entwerfen. Wenn darauf hingearbeitet wird, daß die Kolonie ihre Verwaltung wenigstens in absehbarer Zeit aus der Hand der Hohenrechte selbst befreit, dann werden die Ertragskräfte aus der wirtschaftlichen Arbeit der Kolonie dem Reiches Vollen sein. An eine Reichsverwaltung in großem Umfang glaube ich nicht, doch bin ich überzeugt, daß durch Uebernahme von Steuern und Steuern die Kolonie zu Ueberwindbare gemacht werden können. Eine Reihe von Werken, z. B. Hohen und Vieh, die heute schon im Innern bestehen, gelangt nur deshalb nicht in den Handel, weil der Transport durch Trümpfe zu teuer und der Weg zur See zu lang ist. Ich glaube auch, daß eine Reihe von Werken durch rationellen Warenaustausch geschaffen werden kann. Ich bin überzeugt, daß es gelingen wird, den Handel in deutsche Hände zu bringen, wenn deutsche Gesellschaften Aufkaufaktionen bis an die Seen vorziehen. In solche Anlagen sollte Deutschland nur sein Kapital hineinstecken, wenn auch zunächst vorsichtig und versuchsweise.“

Wir stehen noch jetzt vor einer Periode der ruhigen und selbstigen Arbeit in Afrika. Wenn ich mit Vertrauen den Blick in die Zukunft werfe, so scheint mir im Hinblick auf die starke Bewegung, welche jetzt hinter diesen Arbeiten in Deutschland herrscht.

Die Arbeit der Sozialdemokraten, das Aufheben des Sozialistengesetzes mit großen Festlichkeiten zu begehen, steht auch in den Kreisen der eigenen Parteigenossen auf Widerstand. So hat der Verein zur Erzielung sozialistischer Wahlen in Berlin eine Resolution beschlossen, in welcher es heißt:

In Erwägung, daß nach Ablauf des Gesetzes die Gegner alles daran setzen werden, die bestehenden Verhältnisse, Recht und Gesetz, festzustellen bis zur äußersten Grenze gegen die Sozialdemokratie anzuwenden, in Erwägung, daß die Verwaltungsbehörden bereits eine entsprechende Ministerialverordnung erlassen, in Erwägung, daß auch die hiesigen Gegner, welche im Verlaufe wirtschaftlicher Arbeit sind, den Bestrebungen der Sozialdemokratie nach wie vor entgegengetreten und die sozialdemokratischen Arbeiter nach Kräften schädigen werden, in Erwägung endlich, daß wohl die Ideen der Sozialdemokratie sich fester etablieren haben, als das Gesetz von 1878 und als die Polizeigewalt, daß in diesem auch ungeheure Opfer gebracht werden müßten, um den Maßregeln der Polizeigewalt mit Erfolg begegnen zu können und das zu erreichen, was erreicht worden ist, sei es für angemessen zu erachten, daß die Parteigenossen es unterlassen, „zu einem maßlosen Siegesjubel auszubringen und ohne Halt in flüchtender Hast alle Schranken zu überschreiten, welche die geltenden Gesetze ziehen, sondern daß manhaft und besonnen in ruhiger, bei aller Hingebung an die Sache leidenschaftlicher Weise unter freier Selbstkritik im Hinblick auf die Tragweite der gesetzlichen Bestimmungen, an der Ausbreitung und Festigung unserer Grundsätze und unseres Programms durch Schrift, in Versammlungen wie in persönlichen Verkehr gearbeitet werde.“

Posdam, 23. September. (W. T. V.) Bei der heutigen Nachwahl eines Landtagsabgeordneten waren von 189 eingeschriebenen Wählern 141 erschienen; dieselben wählten einstimmig den bisherigen Abgeordneten Dr. Radowitz, dessen Mandat in Folge seiner Beförderung zum Regierungsrath erloschen war.

Wiesbaden, 23. September. E. M. Panzerhüß, „Friedrich Karl“ wurde heute Morgen mit Flaggenparade in Dienst gestellt.

Frankfurt a. M., 23. September. (W. T. V.) Die elfte Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit hielt heute unter dem Vorsitz Schaffars (Kreisel) ihre erste jährlich besuchte Sitzung ab. Der Ober-Regierungsrath Heinrichs (Wiesbaden) begrüßte die Versammlung namens der Regierung, Bürgermeister Heusermann namens der Stadt Frankfurt, Professor Valentin namens des „freien deutschen Hochschiffes“. Nach Eröffnung der Verhandlungen berichtete Ralle (Wiesbaden) über den Stand des Haushaltungs-Unterrichts, Bürgermeister Münsterberg (Sierloch) über das Ambulanzwesen.

Dresden, 23. September. (W. T. V.) Die Prinzen Ludwig und Ruppert von Baiern sind um 8½ Uhr Vormittags nach München abgereist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 23. September. (W. T. V.) Bei dem heutigen Besuch der Kaiserin in der Hofkapelle fand gestern zu Ehren des preussischen Gesandten am Vatikan, von Schöller, ein Diner statt, an welchem der Minister Graf Radowitz und der Sektionschef v. Szegbeny, sowie der päpstliche Nuntius Galimberti Theil nahmen. Heute

ist Herr von Schöller zum Diner bei dem Grafen Radowitz geladen, morgen tritt derselbe die Rückreise nach Rom an.

Wien, 23. September. (W. T. V.) Kompetentere wird berichtet, daß die Verhandlungen, betreffend die Regelung der serbischen Schweinefleisch, sich bei dem Ueberbauministerium noch im Stadium der Schwere befinden. Der „Remjet“ hält daran fest, es handle sich nicht um Aufhebung des Einfuhrverbots, sondern nur um Einführung von Erleichterungen. Der „Keller Abend“ charakterisirt letztere als leichte Uebergangsbefreiungen.

Schweiz.

Bern, 23. September. (W. T. V.) Der Ständerath hat dem Antrag Witz zugestimmt, daß der Bundesrath in Erwägung ziehe, ob nicht auf dem Wege internationaler Unterhandlungen die Sonntagserhe der bei den öffentlichen Transport-Anstalten Angestellten, insbesondere durch thunlichste Einstellung des Güterzugsdienstes an Sonntagen, weiter gefördert werden könne.

Frankreich.

Paris, 19. September. Man ist hier über die maßvolle Haltung der deutschen Presse gegenüber den „Donlanger-Entscheidungen“ sehr erfreut und zugleich — befriedigt. Besonders wird es auch bemerkt, daß die leitenden Provinzial-Zeitungen und sogar in der Gegend von Nancy und Lunelville offen ihre Befriedigung über die Wagnis der deutschen Organe zum Ausdruck bringen, welche dieselben gegenüber der neuesten „Demütigung“ Frankreichs bewahren. Um so weniger gefüllt das neueste Auftreten der englischen Presse, und an den französischen Entgegnungen kann man so recht sehen, wie feindschaftlich die beiden Nachbar-Nationen im Grunde genommen sich gegenüberstehen. Die Pariser Journalisten lassen selten eine Gelegenheit ungenutzt vorbeiziehen, die geeignet erscheint, den Engländern etwas an Fänge zu fassen. Augenblicklich geben die „Revue“ und die „Revue“ die Barons Hirsch wieder einmal Veranlassung dazu. Dieser Mann ist, trotz seiner Millionen, in Paris niemals dazu gekommen, eine wirklich hervorragende Rolle zu spielen. Mit einem Male reiste er nach London, und schon nach wenigen Wochen wurde ihm dort alles das zu Theil, was er in Paris vergebens gesucht hatte. Es läßt sich nicht leugnen, daß dies gerade nicht sehr schmeichlich für die Engländer ist, und die hiesigen Zeitungen ergeben sich dem auch, und zwar besonders über die britischen „Oberen Zehntausend“ in oft recht treffenden Scherzen.

Sehr unpolitisch sind die seit zehn Tagen von den Radikalen unternommenen Versuche, den Prozeß de la Haute Cour wieder aufzuheben. Die ganze Sache hat keinen Zweck und kommt nur ables wirken, das empfinden alle vernünftig denkenden Leute, doch die Radikalen haben nur den einen Wunsch, die öffentliche Aufmerksamkeit von sich abzulenken. Was sie am meisten zu fürchten haben, das ist die Verdünnung des Kriegsministers v. Freycinet in die Donlanger-Angelegenheiten.

Wenn irgend ein unterrichteter und nicht zu fester Denkwert am Beginn der nächsten Session die Unterdrückung der „Affaire Freycinet“ sich zu eigen machte und sie geschickt durchführte, so würde es für die Regierung wohl nicht leicht sein, dieser Klippe aus dem Wege zu gehen.

Der ehemalige konsularische Abgeordnete Martineau hatte gestern nach der ersten Veröffentlichung der „Confidences“ an die Person von Ulys geschriebe und ihr die 5000 Francs, die er aus der konsularischen Kasse zur Bestreitung seiner Wahlkosten bekommen, wieder zur Verfügung gestellt. Die Herzogin hat ihm gemeldet, er möge jene Summe dem Marschall Mac Mahon für den Verein zur Pflege und Unterhaltung verwundeter Krieger, dessen Präsident derselbe ist, übergeben. Herr Martineau macht heute bekannt, daß er dem Wunsche der Herzogin von Ulys unverzüglich nachkommen werde.

Paris, 20. September. Die kühne Annahme des Marquis de Castellane ist bisher ohne Widerhall geblieben. Er hatte im „Figaro“ vorgeschlagen, Herr Carnot solle eine Reise nach Ausland machen und den Jaren besuchen. Die öffentliche Meinung ist sichtlich für einen solchen Plan noch nicht reif. Man hat die dunkle Empfindung, daß der Präsident der französischen Republik kein Selbstherrscher an der Neua nicht die Aufnahme finden würde, die das französische Selbstgefühl für den obersten Würdenträger des Staates fordert, und man will nicht, daß die glühende Freundschaft für den nordischen Bundesgenossen unter dem Einflusse verletzter Eigenliebe eine Abkühlung erleide. Diese Empfindung dürfte auch eine richtige sein. Die Entsetzt des russischen Hofes ist auf den persönlichen Verkehr mit dem gewählten Oberhaupt eines völkstümlichen Freistaates nicht eingerichtet und es würde dem Jaren schwerlich angenehm oder bequem sein, einen Gast zu haben, bei jedem Schritte, bei jeder Ansprache, bei jedem Zusammensein im Salon, Speisesaal oder Theater, Vortritts- und Titelfragen ohne Ende heraufbeschworen würde. Der abenteuerlichste Panflossien-Partikel wäre ein Besuch des Herrn Carnot vielleicht erwünscht, denn sie könnte dann nach Herzenslust Kundgebungen veranstalten, die auf die Stimmung des Volkes und vielleicht selbst auf die Entscheidung des Jaren Einfluß gewinnen würden. Aber die Hofmarschälle würden über einem solchen Besuche wahrscheinlich den Verband verlieren und das kann der Jarn unmöglich wünschen. Man könnte auch über den Gegenstand Beratungen anstellen, den der Jarn dann in Paris zu machen verpflichtet wäre, doch sind sie vor der Hand überflüssig, denn wie gesagt, der ehemalige Abgeordnete und Entset des Marquis de Castellane, Marquis de Castellane, steht mit seinem phantastischen Vorschlag einseitig noch ganz allein.

Italien.

Rom, 23. September. Im gestrigen Ministerthum schlug Crispi vor, die allgemeinen Wahlen erst nächstes Frühjahr abzuhalten, doch ist in dieser Hinsicht noch nichts beschlossen.

Die „Riforma“ äußert bezüglich des Antislaverei-Kongresses des Kardinals Lavigerie, die Abschaffung der Sklaverei sei durch Verträge der Mächte gesichert; die Kreuzzüge des Kardinals würden erfolglos bleiben.

Rom, 23. September. Die „Opinione“ bespricht den Entschluß der Mailänder Arbeiter,

sich von irredentistischen Kundgebungen fern zu halten. Der Irredentismus liege in offenem Widerspruch mit der Friedens- und Neutralitäts-Politik und schädige die wirtschaftliche Lage, sowie die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts. Die „Opinione“ schließt mit dem Wunsch, Italien möge von der Krankheit des Irredentismus genesen. Wenn dieser Feind nicht aus dem Felde geschlagen würde, so würde Italien eine böse Zukunft verdienen.

Rom, 23. September. (W. T. V.) Dem „Capitan Fracassa“ auf Ige beschäftigte sich der geistige Ministerthum nicht mit dem allgemeinen Wahlen. Der Minister-Präsident besprach vielmehr den Austritt des früheren Finanzministers Seidmit-Doba aus dem Kabinett. Alle Minister billigten die Art der Lösung des Zwischenfalles. Hieran beschäftigte sich der Ministerthum längere Zeit mit dem künftigen Budget.

Spanien und Portugal.

Madrid, 19. September. (W. T. V.) Der Sultan von Marokko hat die Forderung des spanischen Ministers des Inneren, daß unterjährig für das Schiff „Nueva Angelita“ geordnete Entschädigung bezahlt würde, nicht nur bewilligt, sondern zum großen Erfreuen aller Welt und zur noch größeren Befriedigung des Herzogs von Aethien und der offiziellen Presse bereits erfüllt. Am 17. d. M. wurde amtlich mitgetheilt, daß die verlangten 113,000 Pesetas von der hiesigen Regierung dem Geschäftsträger Spaniens in Tanger ausgezahlt seien und zur Verfügung derjenigen ständen, welche ein Anrecht auf diese Summe hätten. Eine so schnelle Erledigung einer internationalen Angelegenheit steht in Marokko ganz vereinzelt da und wird von den spanischen Regierungsmännern als ein Zeichen für den wachsenden Einfluß Spaniens in Marokko auf das höchste gefeiert. Auch daß der Sultan bereits auf dem Wege ist, diese beiden gemieteten Schiffe „Nueva Angelita“ die verlangten 100 Alavris mit ihrem Raub nach Melilla geschickt hat, befriedigt die Ministerien auf das höchste. Die Marokkanen allerdings urtheilen anders und wittern in dieser ne dagesessenen schnellen Erledigung der Verprechen Mitleid Hassens böse Absichten und Verrath, lassen sich fortgesetzt durch ihre Korrespondenten aufregende Nachrichten über große Truppenbewegungen aus Marokko senden und behaupten, daß diese Truppenbewegungen die Vorläufer eines allgemeinen Aufstandes gegen die Spanier seien. Der „Imparcial“, welchem gestern über Dran die Nachricht zugeht, daß der Gouverneur von Melilla dem Kommissar des Sultans die von ihm gefangen gehaltenen Mauren herausgegeben hat, greift die Regierung von Neuem wegen ihrer Schwäche an und sagt einen ersten Zwiespalt für die allernächste Zeit voraus. General Dargos, der Gouverneur von Malaga, soll dem „Imparcial“ zufolge, aus Unzufriedenheit über die Regierung, und weil sie keine großen Verstärkungen nach Melilla geschickt hat, seine Entlassung nachgedacht haben.

Der Brand der Alhambra erweist sich glücklicherweise nicht als so verheerend, wie es zunächst schien. Empört ist man darüber, daß es Menschen giebt, welche so verrobt sind, daß sie sich an diesem wunderbaren Denkmale der maurischen Kultur haben vergreifen können, denn die Ansicht, daß Brandstiftung vorliegt, erweist sich offenbar als begründet. Gegen die fälschliche Veranlassung Granadas eifert man, weil sie das Feuerlöschwesen nicht besser organisiert hat. Leider läßt die Feuerwehr in ganz Spanien alles zu wünschen übrig, denn mit Ausnahme von Barcelona und Bilbao verfügt man nirgendwo, Madrid eingeschlossen, über brauchbare Apparate. Die theilweise Vernichtung der berühmten Waffensammlung in Madrid im Jahre 1884, die Zerstörung des alten Schlosses von Toledo, der Brand des prachtvollen Rathhauses in San Sebastian haben zwar für kurze Zeit die Nothwendigkeit der Einrichtung guter Feuerwehren den städtischen Verwaltungen zum Bewußtsein gebracht; aber gleichwohl ist bisher nichts Durchgreifendes, um das des Mittelalters würdige spanische Feuerlöschwesen zu verbessern. Daß in diesem Falle nicht die ganze Alhambra verbrannt ist, ist nur dem Umstande zu danken, daß sich in dem Hof de las Alarcas ein großes Wasserbecken befindet, dessen Inhalt zum Löschen der Flammen benutzt werden konnte.

Großbritannien und Irland.

London, 20. September. Im Zusammenhange mit der gegen die Abgeordneten John Dillon und William O'Brien e. eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung haben zwei weitere Verhaftungen stattgefunden. John Callaghan und O'Brien Dalton, zwei Mitglieder der National League, wurden gestern bei ihrer in Kingston von England erzielten Ankunft von der Polizei ergriffen und nach Tipperary gebracht, wo sie nach kurzem Verhöre vor dem Untersuchungsrichter bis zum 25. d. zurückgestellt wurden, an welchem Tage die Prozeßverhandlung gegen alle der Aufhebung der Richter von Tipperary zur Prozeßverweigerung angeklagten 12 Personen beginnen soll.

London, 23. September. (W. T. V.) Nach einem Telegramm des „Neuerischen Bureau“ aus Sidney schlossen die vereinigten Dampfschiffs-Nieder nach einer hier abgehaltenen Konferenz mit der Marine-Inspektoren einen dreijährigen Kontrakt zu erhöhten Löhnen, wodurch sich die Ingenieure verpflichteten, sich unter keinen Umständen einem Auslande anzuschließen.

Australien.

Ueber die Verhältnisse auf Samoa und Tonga schreibt man uns aus San Francisco, 31. August: Die Nachrichten, die der heute hier eingetroffene australische Dampfer über die Lage in Samoa bringt, lauten befriedigender. Die Ernennung des neuen schwedischen Oberrichters für Samoa war erst vor Kurzem dort bekannt geworden und wirkte sofort beruhigend auf die aufgeregten Gemüther, welche die Verjährung in der Neubildung der Regierung mit Mißtrauen erfüllt hatte. Daß übrigens der Ernst der Lage durchaus nicht übertrieben war, beweist der Erlaß der drei Konsuln an die Dörfer Sowi, Monono und Upfo, welche bereits ihren eigenen Herrscher ausrufen wollten. Dieselben hatten keine Motten gesammelt, die sie einem Übergrüppung überbringen wollten, als Zeichen, daß sie ihm unterthan sein würden. Der Erlaß der drei Konsuln mahnte die drei

Amerikan 8 Tage	21½%	158,65 B
do. 3 Monat	21½%	167,9 B
Belg. 8 Tage	21½%	86,68 B
do. 3 Monat	21½%	80,35 B
Deuton 8 Tage	21½%	80,35 B
do. 3 Monat	21½%	20,775 B
Paris 8 Tage	21½%	86,60 ½ B
do. 3 Monat	21½%	80,35 B
Russen Deut. 20. 8 Tage	4½%	150,35 ½
do. 3 Monat	4½%	80,40 ½
Schwed. 8 Tage 10 Taar.	5½%	80,40 E
Italienisch 8 Tage 10 Taar.	5½%	80,40 E
Portugies. 8 Taar	6½%	250,15 B
do. 3 Monat	6½%	250,15 B
Marichau 8 Tage	0%	250,40 B

Gold- und Papiergeld.		
Deuten per Stüd	—	20,365 ½
Schwedens	80,35	181,95 B
20 Francs per Stüd	16,25	69,65 B
Follars	—	
		Engl. Banknoten
		Frank. Banknoten
		Deut. Banknoten
		Österr. Noten


Roman von Gustav Zime.

I.

Katharina Wolff.

$\frac{1}{16}$ 3 $\frac{1}{2}$ Mk.; $\frac{1}{32}$ 1 Mk. 75 Pf.; $\frac{1}{64}$ 1 Mk. versendet H. Goldberg, Bank- u. Lotterie-Geschäft Spandauerstr. 2a, Berlin.

Möbel, Spiegel und Wolsterwaaren
empfeht in größter Auswahl zu ausnahmenseit billigen Preisen.
Auch Theilzahlung gestattet.
Max Reichardt.

 **Ferdedecken** mit Zutter, mit Brustblatt oder auch Leder- und Regendecken giebt es nur in der **Ferdedecken-Fabrik** Breitenrohe 16 1. Tr. vom 1. October ab
